

Digitale Partei:

# Wem es nützt

## Ulrike Sommer: Parteivorstand legt Vorschläge für eine digitale Mitmachpartei vor

**Da ist sie wieder, die alte Idee des Parteivorsitzenden, auch Nicht-Mitglieder irgendwie am Leben der SPD teilhaben zu lassen. Dieses Mal ist es der digitale Fortschritt, der als Einladung dient: Zunächst in einer Testphase sollen in der SPD Online-Petitionen möglich sein. Da dürfen dann Genossinnen und Genossen zeichnen, aber eben auch „Bürgerinnen und Bürger (noch) ohne SPD-Parteibuch“, kurz: Nicht-Mitglieder.**

Bekommt eine Petition über ein Sachthema genug Unterstützung (auf Bundesebene in drei Monaten 124.414 Stimmen), muss sich der nächste Parteitag/-konvent dazu in einem öffentlichen Beschluss positionieren. Nicht erlaubt sein sollen Petitionen zu Personal, der Satzung oder Finanzfragen.

So jedenfalls sieht es das Papier „SPD - Die digitale Mitmachpartei“ vor, das die Parteiführung in der Organisationspolitischen Kommission hat diskutieren lassen und mit dem Hinweis, dieses Gremium könne ohnehin nichts beschließen, an das Präsidium weitergeleitet hat.

Nun hat Generalsekretärin Yasmin Fahimi die Unterlage in der Gesamtpartei zur Debatte gestellt. Die Papiere sollen Grundlage für einen Beschluss des Bundesparteitags im Dezember werden.

### VERBORGENE INTERESSEN

Beschäftigen wir uns also damit. Nur so können wir sicher sein, nicht überrascht zu werden. Zum Beispiel von der schon erwähnten Online-Petition. Dort sollen Menschen mit und ohne Parteibuch zwar Klarnamen, E-Mail-Adresse und Adresse angeben. Doch ihr politisches Eigeninteresse bleibt uns weiter verborgen.

„Wir sind uns der Gefahr interessengeleiteter Einflussnahme bewusst“ hatte ich formuliert und in der Orga-Kommission darum gebeten, diese Warnung in das Papier aufzunehmen. Außenstehende könnten den Satz lesen, wurde mir Augen rollend entgegen gehalten.

Ja klar. Außenstehende erkennen aber jetzt auch, welche Chancen wir ihnen eröffnen. Konkurrierende Parteien brauchen dafür keine fünf Minuten. Oder wie wäre es mit einer kleinen Petition für Rüstungsexporte? Gesponsert von den Vorständen und Beschäftigten deutscher Waffenschmieden?

Oder mit einer Petition für die Braunkohle? Am Tag unserer Beratung in der Orga-Kommission fuhrn übrigens einige Teil-



Ulrike Sommer ist Landeskassiererin der Berliner SPD. Foto: SPD Berlin

nehmer noch kurz rüber zur Demo für die Braunkohle.

Die wichtigste Frage in der Politik ist diese: Wem nützt es? Wann haben wir eigentlich aufgehört, sie zu stellen? Und warum?

### MENSCHEN BETEILIGEN

Ich grübele noch immer: Wozu brauchen wir die Hilfe Außenstehender bei der Entwicklung unserer Anträge? Sind die eigenen Ideen, die eigenen GenossInnen gar dem PV nicht genug?

In dem Fahimi-Papier „Die SPD ist die Partei der Zukunft“ wird definiert, was aktive Parteiarbeit ist: Aktive Mitglieder treten im Freundeskreis, in der Familie und am Arbeitsplatz aktiv für die Haltung der SPD ein. Aha.

Darauf folgt diese Überschrift: „Beteiligung von Menschen an politischen Entscheidungen.“ Menschen sind vermutlich alle, also Mitglieder und Nichtmitglieder. Das ergibt sich aus diesem Satz: „Wir als SPD sind es, die gesellschaftliche Gruppen zusammen bringen und gestalten zusammen mit ihnen in einem offenen Prozess eine zukunftsfähige Politik.“

Mal abgesehen vom Satzbau ist natürlich richtig, dass wir reden, uns informieren, Probleme erkennen und aufgreifen. Darauf müssen dann aber auch in Zukunft parteiinterne Entscheidungen folgen.

Wie werden die ausfallen, wenn Grundlage eine von Zehntausenden unterstützte Petition ist? Ist es wirklich vorstellbar, dass wir so etwas ablehnen? Wie aber bleibt die SPD dann unverwechselbar? Eine Partei, zusammen gehalten von gemeinsamen Überzeugungen?

### MITGLIEDERENTSCHIEDEN LEICHT GEMACHT

Bislang ist es recht schwierig, Basisentscheidungen zu erzwingen. Fristen und

andere Voraussetzungen waren restriktiv, denn diese Instrumente richteten sich stets gegen die Vorstände.

Künftig soll es viel leichter werden, Mitgliederentscheide und Mitgliederbegehren zu starten, denn sie richten sich immer noch gegen die Vorstände. Das Misstrauen gegenüber den Gremien, den gewählten Funktionären vor Ort scheint im Willy-Brandt-Haus gewaltig gewachsen zu sein.

Der Mitgliederentscheid in neuer Form bringt neue Probleme, zum Beispiel dieses: Da der „Vorwärts“ nur noch sechs Mal im Jahr erscheint, fällt das Blatt als Mitteilungsorgan aus. Es werden künftig binnen zwei Wochen nur die Vorstände über einen anstehenden Entscheid informiert. Die müssen dann ihrerseits die Mitglieder in Kenntnis setzen.

Das Problem: Wer der SPD die E-Mail-Adresse gegeben hat, bekommt von Stund an viel Post. Mal von der Abteilung, mal vom Kreis, mal von der Arbeitsgemeinschaft, dem PV oder dem Landesverband.

### IN DER MAIL-FLUT UNTERGEHEN

Was, wenn sich immer mehr Mitglieder digital verabschieden, weil sie keine Lust haben, in der Mail-Flut unterzugehen? Derzeit haben nur etwa 60 Prozent der GenossInnen dem Landesverband ihre Mail-Adressen gegeben. Die anderen müssen jeweils Briefe bekommen. Es gibt teures Porto zu finanzieren und heiße Debatten darüber, wer das Rückporto bezahlt.

Dazu kommen teure Internet-Tools, an denen der PV gerade arbeitet - wer für das neue digital/analoge Parteileben finanziell aufkommt, ist noch lange nicht geklärt. Vom personellen Aufwand, ehren- und hauptamtlich, nicht zu reden.

### VIELES IST SCHON REALITÄT

Unstrittig hingegen dürfte die Digitalisierung der Parteiarbeit sein. Handreichungen, Argumentationen und Bildungsangebote sollen über Videos und andere digitale Instrumente vermittelt werden. Der digitale Parteitag findet in Berlin längst statt, ein digitales Antragsbuch wird geführt.

Vieles ist also bekannt in dem Papier des PV, anderes ungeklärt und wieder anderes wie die Online-Petitionen aus meiner Sicht noch kritisch zu hinterfragen. Ich bin gespannt auf die Debatte. **Ulrike Sommer** □

➡ Das Papier im Internet: [http://www.spd.berlin/w/files/ksh-dl/parteireform\\_gesamtpaket.pdf](http://www.spd.berlin/w/files/ksh-dl/parteireform_gesamtpaket.pdf)